

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Alexander König

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Annette Karl

Abg. Christoph Skutella

Staatsminister Hubert Aiwanger

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur weiteren Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volle Windkraft voraus: Das 2 Prozent-Ziel für erneuerbare und günstige Energie (Drs. 18/21295)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Regierungswechsel in Berlin, seit Robert Habeck Wirtschaftsminister ist, weht wieder eine frische Brise in Deutschland und selbst hier in Bayern. Wir haben einzelne Kommunen, wir haben die ersten Bürgermeister*innen, die sich wieder aus der Deckung trauen, die Projekte haben, die vielleicht schon mal in der Schublade waren, und diese neuen Ideen ins Spiel bringen. Die Windkraft, die die Staatsregierung jetzt acht Jahre lang in die Schmutzdecke gestellt hat, bekommt jetzt langsam wieder Schwung.

Aber damit das Ganze wieder Hand und Fuß bekommt, müssen wir hier Tatsachen schaffen. Wir brauchen eine Abschaffung von 10 H. Wir brauchen die Ausweisung von zwei Prozent der Landesfläche. Darum geht es heute bei unserem Antrag für die Windkraft, damit wir endlich frischen und neuen Schub haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind heute in Bayern so weit, dass wir ein Viertel unseres Stroms importieren müssen. Nächstes Jahr wird es sogar noch mehr. Wir gehen in Richtung ein Drittel unseres Strombedarfs, das wir importieren müssen. Diese Lücke muss momentan notgedrungen hauptsächlich mit Gaskraft gefüllt werden, Gas, das zu über 50 % aus Russland kommt, Gas, das von Tag zu Tag teurer wird, Gas, das uns immer mehr in

eine folgenschwere Abhängigkeit hineintreibt. Da sagen wir ganz klar: Das ist der vollkommen falsche Weg. Wir wollen einen anderen Weg einschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen endlich, dass auch hier in Bayern konsequent auf die erneuerbaren Energien und eine Reduktion der Abhängigkeit von Erdgas gesetzt wird. Wir hatten erst von zwei Jahren eine Studie zum Thema "Wie können wir Erdgas in Bayern ersetzen?". Da sehen wir ganz klar, dass Windkraft in den Wintermonaten den Hauptschwerpunkt seiner Erzeugung hat. Wir können durch mehr Windkraftanlagen in Bayern Gaskrafterzeugung eins zu eins ersetzen. Jedes Windrad hier in Bayern reduziert also den Strompreis, reduziert die Abhängigkeit von bestimmten autoritären Ländern wie zum Beispiel Russland; denn eines ist klar: Putin macht damit Politik. Er hat schon immer damit Politik gemacht, dass er den Gashahn auf- und zudreht. Das ist heute unsere klare Botschaft: Wir müssen raus aus diesen Abhängigkeiten – mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, Sie werden gleich nach mir hier ans Rednerpult treten. Da gebe ich Ihnen schon mal eine Frage im Vorfeld mit: Vor drei Wochen hatten wir hier im Plenum die Debatte zur Aktuellen Stunde. Da ging es um die Energiepreise. Da haben Sie unter anderem gesagt – das schockiert mich noch heute –, man solle politisch nach unserer Importabhängigkeit handeln. – Da frage ich mich immer: Was heißt das denn, nach unserer Importabhängigkeit zu handeln? – Wir sind in dieser Abhängigkeit von Russland, was ich vorhin schon ausgeführt habe. Über 50 % unseres Gases kommt aus Russland. Was sagen Sie heute dazu? Angesichts dieser Eskalation des Konflikts sollen wir hier also die Füße stillhalten, weil wir das Gas hier in Bayern, hier in Deutschland so dringend brauchen und diesem Völkerrechtsbruch einfach tatenlos zuschauen, damit ja nur ausreichend Gas hier nach Bayern, nach Deutschland strömt? – Das kann es doch nicht sein, dass wir immer mehr Abhängigkeiten haben, dass wir uns au-

ßenpolitisch komplett handlungsunfähig machen. Wir sagen ganz klar Nein zu dieser Haltung. Wir wollen eine selbstbewusste deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die erneuerbaren Energien brauchen wir Fläche. Das ist das A und O. Hier kann sich keine Landesregierung in Deutschland mehr verstecken. Es gibt keine Verhinderungsplanung mehr. Damit ist jetzt Schluss. Gerade das größte Flächenbundesland Bayern kann sich hier nicht weiter verstecken.

Einen positiven Punkt haben wir: Wir haben die 18 Regionalen Planungsverbände. Herr Aiwanger, Sie hatten erst kürzlich ein Gespräch mit den einzelnen Vertretern. Wir haben Regionsbeauftragte, die ihre Region wirklich kennen, die ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kennen und die wissen, wie die Planungen gehen, ob es Windkraft ist oder andere Ressourcen. Darauf können wir aufbauen. Wir hatten im Jahr 2013, also noch bevor die Staatsregierung 10 H beschlossen hat, den Auftrag an die Regionalen Planungsverbände erteilt, Windkraftflächen bayernweit auszuweisen. Von den 18 Planungsregionen haben das zumindest 13 gemacht. Innerhalb von zwei Jahren hieß es da, bis 2015 müssen Flächen ausgewiesen werden. – Da sehen wir heute 0,5 %.

Aber dann kam 10 H. Seitdem ist das Ganze tot. Es gibt gar nichts mehr. Es werden keine neuen Flächen mehr ausgewiesen. Auch die 5 Planungsregionen, die hauptsächlich im Süden von Bayern liegen – wen wunderts? –, haben bis heute keine Planung. Das kann einfach nicht sein. Hier sagen wir ganz klar: Wir brauchen in diesen 5 Planungsregionen jetzt sofort eine Planungsaufnahme, und die restlichen 13 Planungsregionen sollen ihre Arbeit fortsetzen und ausbauen, damit wir das in zwei Jahren fertigstellen. Damals hatten Sie auch das Ziel, das in zwei Jahren fertigzustellen. Jetzt sagen wir auch wieder zwei Jahre. Es braucht eine bestimmte Zeit. Das ist klar.

Aber wir müssen in spätestens zwei Jahren zwei Prozent der Landesfläche hier in Bayern für die Windkraft haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muss aber auch klar sein, dass immer mehr Aufgaben auf die Regionalen Planungsverbände zukommen. Es gibt jetzt noch die Novelle vom Landesplanungsgesetz, das in der Fortschreibung ist. Das ist nicht nur bei mir so. Ich bin Mitglied im Planungsverband Westmittelfranken. Hier sind es – wie auch in anderen Regionalen Planungsverbänden – Einzelkämpfer, die sich mit einem Wust an Aufgaben abkämpfen müssen. Da brauchen wir definitiv mindestens eine Verdoppelung von Personal und Finanzmitteln. Das ist unsere klare Forderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen noch eines mit. Herr Aiwanger, Sie werden sicherlich mit dem Herrn Söder absprechen, welcher Vorschlag nach Berlin geht. Der Bund hat hier alle Möglichkeiten. Der Bund kann hier über die Raumplanung alles steuern. Er kann auch direkt die Regionalen Planungsverbände adressieren. Er kann eine Bundesfachplanung machen. Das heißt ganz klar: Bekommen Sie es hier endlich auf die Reihe, damit wir unsere Regionalen Planungsverbände als Trumpfkarte wirklich ausspielen. Werden Sie tätig, damit hier die Aufforderung an die Regionalen Planungsverbände ergeht, zwei Prozent der Landesfläche auszuweisen; denn diese Fläche ist die Grundlage für alles. Die Flächen müssen als Erstes vorhanden sein. Dann kann man anpacken; dann geht es los.

Es interessiert auch niemand mehr, ob Sie mit viel Gesichtsverlust oder mit sehr viel Gesichtsverlust aus dieser Geschichte mit 10 H rauskommen. 10 H wird in die Geschichte eingehen als Zeichen einer verbohrten Politik, als Preistreiber, als Klimatreiber und als Treiber in die Abhängigkeit von autoritären Staaten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen noch einmal die Aufforderung an Sie: Schütteln Sie sich! Die Windkraft hat eine hohe Akzeptanz. Erkennen Sie endlich, dass die Menschen auch hier in Bayern verstanden haben, dass wir erneuerbare Energien brauchen. Schütteln Sie sich, schaffen Sie 10 H ab! Geben Sie den Planungsverbänden den Auftrag für die Ausweisung von zwei Prozent der Landesfläche für die Zukunftsenergie Windkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen: die erste von Herrn Martin Böhm von der Fraktion der AfD.

Martin Böhm (AfD): Verehrter Kollege Stümpfig, ich muss immer schmunzeln, wenn Sie "zwei Prozent der Landesfläche" sagen. Wenn man das ausrechnet mit der üblichen Größe, die eine "Windmühle" braucht, ist man bei 280.000 "Vogelschreddern" bundesweit. Allein um die zu fundamentieren, bräuchte man dermaßen viel Beton – das ist ein so hoher Exponent, dass Sie gar nicht erklären können, wie viel Beton Sie brauchen, um so viele "Windmühlen" zu bauen. Aber das bloß nebenbei.

Mir geht es um etwas anderes. Sie haben gesagt, ein Drittel des Stromes wird man aus dem Ausland nach Deutschland bringen müssen. Da müssen wir halt fragen: Woher kommt diese politische Abhängigkeit? – Genau von der grünen Politik, die Sie propagieren. Wenn Sie den Energiebezug diversifizieren wollen, dann brauchen Sie verschiedene Energieformen innerhalb des Landes, nicht den Import von Atomenergie aus dem Ausland. Da hat alles mit allem zu tun. Der Konflikt, über den wir vorhin gesprochen haben, hat ursächlich damit etwas zu tun, dass Sie mit Ihrer Politik nicht in der Lage waren, heimische Energie – durch Kernkraft, Kohle, Stromerzeugung durch Gas- und Ölkraftanlagen – zu fördern.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Böhm, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Böhm (AfD): Das ist Ihr Versäumnis!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Böhm, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Martin Böhm (AfD): Deswegen stehen wir vor dieser Malaise.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, bitte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Die Windkraft ist die flächeneffizienteste Form der Energieerzeugung. Sie können unter einem Windrad weiter Landwirtschaft betreiben. Sie können durch eine sehr geschickte Wahl auch im Wald den Eingriff minimieren. Wir sind als grüne Partei seit wenigen Monaten wieder im Bund an der Regierung. Vorher waren wir nicht an der Regierung, falls es Ihnen entgangen sein sollte. Wir haben schon immer mehr auf erneuerbare Energien gesetzt. Deutschland ist nach wie vor Stromexporteur. Wir exportieren nach Frankreich. Wir bekommen den Strom hauptsächlich aus Skandinavien und Dänemark. Das ist sauberer Windstrom. Das ist die Zukunft. Darauf wollen wir weiter setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Dr. Harald Schwartz von der CSU-Fraktion. Herr Schwartz, bitte.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Stümpfig, wir haben 10 H damals gemeinsam im Wirtschaftsausschuss beraten. Wir haben es dann beschlossen. Wir sind uns einig: Bei 10 H kann jede Gemeinde die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen, um ein Windrad zu bauen oder nicht, sprich: Bei 10 H liegt die Kompetenz bei den Gemeinden. Was führt zu Ihrer Ansicht, dass die Gemeinden und die Menschen vor Ort nicht in der Lage seien, solche Entscheidungen selbst zu treffen?

Zweite Frage: Wie erklären Sie sich den Zubau von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg, der, wenn ich mich nicht täusche, deutlich geringer ist? Dort gibt es kein 10 H. Oder wissen Sie, wie viele Windkraftanlagen dort gebaut wurden?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zur ersten Frage: Wir haben das Trauerspiel im Wirtschaftsausschuss während der letzten Legislatur leider gemeinsam durchgemacht. Man sieht jetzt nach acht Jahren: Natürlich könnten die Kommunen einen Bebauungsplan aufstellen. Sie tun das aber nicht. Wenn es von oben, wenn es aus München heißt, die Windkraft ist nicht mehr gewollt, dann macht das einfach keine Bürgermeisterin und kein Bürgermeister mehr.

(Unruhe)

Wir haben nichts mehr. Wir hatten letztes Jahr null Genehmigungsanträge.

(Zurufe)

Wir sehen die Abnahme ja klar. So gesehen ist 10 H faktisch ein Verbot. Man muss das sehen. Rein formell gesehen ist das nicht so. Faktisch ist es aber das Ergebnis gewesen.

Die zweite Frage habe ich jetzt leider vergessen.

(Zuruf)

– Baden-Württemberg. Genau. Das hat mir heute noch gefehlt. Keine Debatte ohne Baden-Württemberg. 10 Sekunden habe ich noch. 132 Anlagen sind gerade in Baden-Württemberg in der Genehmigungsplanung, in Bayern 21. Auf die Fläche bezogen ist das das 13-Fache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Alexander König von der Fraktion der CSU. Herr König, Sie haben das Wort.

Alexander König (CSU): Kolleginnen und Kollegen! Keine Woche ohne 10-H-Antrag von Herrn Stümpfig. Nächste Woche ist frei, also werden wir da mal verschont. Auch in dieser Woche liegt aber wieder der übliche 10-H-Antrag vor.

(Zuruf)

Ich habe zu Ihrer Forderung, zwei Prozent der Landesfläche müssten so schnell wie möglich ausgewiesen werden, mal gerechnet, weil ich das schon sehr ernst nehme und mir auch die Zahlen genau anschau. Sie wissen, dass wir 70.550 Quadratkilometer Fläche haben, sprich 7.055.000 Hektar. Wenn Sie davon zwei Prozent nehmen, kommen Sie auf 141.000 Hektar.

Zurzeit haben wir – das sind jetzt Zahlen, die ich von der Staatsregierung habe – Vorranggebiete mit einer Fläche von 24.200 Hektar. Davon sind noch 14.520 Hektar nicht für Windenergieanlagen genutzt. Wir haben 12.300 Hektar Vorbehaltsgebiete, wovon 3.690 Hektar bisher nicht für Windenergieanlagen genutzt werden. Wenn Sie diese freien Vorranggebiete und freien Vorbehaltsgebiete zusammenrechnen – das ist meine eigene Rechnung, die ich vorhin gemacht habe – und das durch angenommene 25 Hektar, die man theoretisch durchschnittlich pro Windenergieanlage braucht, teilen, dann würden diese freien Flächen in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten, wenn sie vollumfänglich verwendet würden, theoretisch für 728 Windenergieanlagen reichen.

Herr Stümpfig, an Ihrem Gedanken ist falsch, dass Sie hier den Eindruck erwecken, es sei heute nicht möglich, auf zwei Prozent der Landesfläche Windenergieanlagen zu errichten, weil darüber hinaus keine weiteren Flächen ausgewiesen seien. Das stimmt einfach nicht; denn natürlich können Sie Windenergieanlagen auch auf Flächen, die nicht Vorranggebiete und nicht Vorbehaltsgebiete sind, errichten.

Nach dem neuesten Windenergieatlas – er ist fortgeschrieben worden und heute noch viel objektiver als in seinen Anfängen –, bei dem man bis auf zehn Meter runter nach allen Kriterien, die man heute hat, ausgerechnet hat, welche Einzelflächen in Bayern für Windenergieanlagen überhaupt geeignet wären, hat man in Bayern theoretisch zunächst einmal eine wesentlich größere Fläche als diese zwei Prozent zur Verfügung. Welche Fläche dann praktisch tatsächlich zur Verfügung steht, hängt natürlich auch damit zusammen, wo man zum Beispiel Ausschlussgebiete hat.

Ausschlussgebiete sind ein Punkt – ich glaube, da sind wir zwei ja eng beieinander –, über den man jetzt wirklich einmal reden muss: Diese Ausschlussgebiete wurden oft schon vor 15 Jahren oder vor noch längerer Zeit festgelegt. Die Begründungen – sofern es seinerzeit überhaupt sachliche und objektive Begründungen gab – welcher Gebiete sind eigentlich nicht mehr zu rechtfertigen? – Das wäre mir ein großes Anliegen. Sie wissen, dass bei mir im Stimmkreis in Bayern die meisten Windräder sind, etwa zehn Prozent aller Windräder. Die Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Hof sind ja nicht grundsätzlich gegen Windräder. Ich glaube, dass sogar bei uns das eine oder andere noch möglich wäre. Sie haben aber null Verständnis dafür, dass es große Regionen gibt, die sich – aus oft wohl, sage ich mal, unzureichenden Gründen – völlig freigezeichnet haben. Von daher gehört auch das Thema Ausschlussgebiete zu den Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten dazu.

Jetzt kommt der nächste Punkt, bei dem Sie, wie ich Ihnen sage, möglicherweise einen Denkfehler haben. Sie sagen, jetzt kommt eine frische Brise und jetzt wird, nachdem Sie den Minister stellen, alles gut. – Gar nichts wird gut. Er tut ja bisher nichts. Es gibt keinen Gesetzentwurf in Berlin. Sie fordern die CSU auf, hier tätig zu werden. Das ist im Moment die Lage. Außer Blabla und Ankündigungen tut sich da gar nichts. Wenn das der frische Wind ist, von dem Sie sprechen, dann kann ich bisher keinen nennenswerten frischen Wind erkennen.

Nur, auf einen möglicherweise gedanklichen Fehler, den Sie in Ihrer weiteren Betrachtung haben, will ich Sie noch hinweisen: Wenn Sie darauf abstellen, man könnte Windenergieanlagen nur dort errichten, wo eine landesplanerisch besondere Qualität herbeigeführt wurde in Form von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten, dann riskieren Sie genau das, was Sie angeblich nicht wollen, nämlich dass es sehr lange dauern wird. Die Fortschreibung von Regionalplänen ist eine Angelegenheit – das wissen alle Kommunalpolitiker hier im Raum, das dürften viele sein –, die nicht über Nacht möglich ist, sondern die einen langen Zeitraum in Anspruch nimmt. Die Fortschreibung von Regio-

nalplänen ist aufwendig; sie ist zeitaufwendig. Deshalb wird sie auch nicht zu schnellen Lösungen führen.

Wie man es macht, hat die CSU in der Stadt Ansbach bewiesen. Dort hat man sich schon vor geraumer Zeit darum gekümmert. Man hat gesagt: Wir wollen in unserem Stadtgebiet ein Windrad aufstellen. – Gestern Abend wurde im Stadtrat auf Antrag der CSU-Stadtratsfraktion mit großer Mehrheit beschlossen, dass dort ein Bürgerwindrad errichtet werden soll. Dazu braucht man überhaupt keine weitere Regionalplanung. Dieses Bürgerwindrad wird einen Abstand von 700 bis 800 Meter zur nächsten Bebauung haben. In den betroffenen Stadtteilen hat man vorher – so geht Bürgerbeteiligung – eine Umfrage gemacht mit dem Ergebnis, dass 97,5 % der dort betroffenen Bürgerinnen und Bürger damit einverstanden sind, dass weit unter 10 H dieses Bürgerwindrad auf kommunale Initiative – der CSU wohlgemerkt – errichtet werden kann. So geht es, und so kann es auch schnell gehen.

Ich bin bei Ihnen, dass es nicht in Ordnung ist, wenn ganze Planungsregionen, und gleich mehrere davon, bisher zu wenig dazu beigetragen haben; da stimme ich Ihnen völlig zu. Ich warne Sie aber davor, darauf zu setzen, dass sich die Anzahl der Windräder, die wir zurzeit in Bayern haben, durch Fortschreibung von Regionalplänen schnell wesentlich erhöhen wird. Das wird mitnichten der Fall sein, weil das ein länger währender Prozess ist.

Von daher überlegen wir, die Regierungsparteien, zurzeit intern, was wir wo wie tun können. Was in Ansbach vorgemacht wird und auch an anderen Orten passiert, dass man sich mit Bürgerbeteiligung vor Ort für Windräder entscheidet, ist mit Sicherheit der schnellste Weg. Was man darüber hinaus tun wird und tun sollte, das beraten wir.

Ihren Antrag lehnen wir in jedem Fall ab. Damit haben Sie schon gerechnet; deswegen haben Sie wahrscheinlich die Forderung hineingeschrieben, die 10-H-Regelung ersatzlos zu streichen. Ich muss Ihnen nicht zum fünfundzwanzigsten Mal ausführlich erläutern, warum wir dieses Ziel nicht verfolgen.

Wir sind weiterhin für Bürgerbeteiligung; Sie sind anscheinend gegen Bürgerbeteiligung. Wir wollen, dass die Menschen mitgenommen werden, dass die Energieanlagen, die hier errichtet werden, in der Bevölkerung Akzeptanz finden. Wir glauben nicht, dass man Anlagen gegen die Bürger und ohne Akzeptanz errichten kann.

Zu Ihrer Frage zum Thema Importabhängigkeit will ich Ihnen noch deutlich sagen: Natürlich bin ich bei Ihnen, dass wir diese reduzieren müssen; aber es ist ein Märchen, wenn Sie hier sagen: Wenn wir nur genügend Windräder und Photovoltaikanlagen in Bayern bauen, dann werden wir demnächst keine Importabhängigkeit mehr haben. – Herr Stümpfig, das wird so nicht sein. Wir werden bei der Politik, die wir betreiben, einen sprunghaften Anstieg des Strombedarfs erleben. Denken Sie nur mal an die Elektrifizierung der Lkws, welche Strommengen dafür erforderlich sein werden. Wir werden einen sprunghaften Anstieg des Bedarfs haben; dieser wird auch mit mehreren Tausend Windrädern und noch so vielen Hektar Photovoltaikanlagen nicht zu befriedigen sein. In den Anhörungen – das habe ich Ihnen auch schon vorgetragen, das will ich jetzt nicht wieder tun – haben die verschiedensten Experten darauf hingewiesen, dass das nicht machbar ist.

Also, selbst wenn wir miteinander die unterschiedlichsten Anstrengungen unternehmen, um zu weiteren Anlagen zu kommen, auch zu weiteren Windenergieanlagen, wird es am Ende, zumindest auf mittlere Sicht und wahrscheinlich darüber hinaus, eine Importabhängigkeit geben. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden das auch beim Wasserstoff erleben, beim grünen Wasserstoff auf alle Fälle; denn woher soll diese Strommenge kommen, die wir brauchen, um den grünen Wasserstoff in der benötigten Menge zu erzeugen? Von daher wird es eine Importabhängigkeit geben; alles andere sind Märchen.

Summa summarum: Der soundsovielte Antrag zur 10-H-Regelung wird auch heute von uns abgelehnt. Wir überlegen, welche Maßnahmen wir wie ergreifen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr König, der Herr Kollege Stümpfig hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr König, genau das, was in der Stadt Ansbach gerade passiert ist, ist schon mal ein Zeichen dafür, dass sich jetzt langsam wieder etwas tut. Aber dann ist schon die Frage: Wo sind denn all die CSU-Bürgermeister landauf, landab? Warum ist das nur ein einzelner? Wir brauchen einfach mehr; wir brauchen 150 Windkraftanlagen pro Jahr. Das heißt, wir brauchen 1.500, 1.800 bis 2030. Das ist die Zielsetzung, da müssen wir hin. Mit diesem Beitrag könnten wir tatsächlich die Abhängigkeit von Gas reduzieren. Ich habe nicht "ersetzen" gesagt, ich habe "reduzieren" gesagt. Das muss doch unser Ziel sein.

Sie haben von einer Ausschlusswirkung gesprochen. Natürlich gibt es die Ausschlusswirkung der Regionalpläne. Aber das Ganze, was Sie hier summieren, läuft immer auf ein Herumdoktern an 10 H hinaus: Da passen vielleicht noch ein paar rein. – Wir brauchen aber diesen großen Aufschlag; wir brauchen eine klare Ansage, dass wir Windkraft brauchen. Wir brauchen diese saubere und billige Energie hier in Bayern. Das fehlt einfach. Das Herumdoktern an der 10-H-Regelung bringt einfach nichts, Herr König.

Mein Landkreis liegt auf Platz zwei, Ihr Landkreis auf Platz eins in Bayern, was die Anzahl der Windkraftanlagen angeht. Wir wissen: Es geht, gemeinsam mit der Bevölkerung. Jetzt muss halt auch mal in den anderen Regionen nachgezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alexander König (CSU): Herr Stümpfig, das Windrad in Ansbach, das ich als Beispiel angeführt habe, wurde initiiert, und zwar auf Antrag der CSU-Fraktion, lange bevor Ihre Regierung ins Amt gekommen ist. Ich weiß nicht, wo es einen entsprechenden Antrag der GRÜNEN-Fraktion gibt. Das können Sie mir beim nächsten Antrag zu 10 H erzählen.

Im Übrigen, zu dem Zwei-Prozent-Ziel habe ich versucht, Ihnen vorzurechnen, dass diese 141.000 Hektar, die diese zwei Prozent ausmachen, natürlich darstellbar sind. Diese Flächen gibt es heute schon. Wenn Sie einmal im Windatlas nachschauen – darin kann man auch sehr schön zoomen, ich empfehle übrigens allen Kolleginnen und Kollegen, sich mal den neuesten Windatlas anzuschauen –, dann stellen Sie fest, dass die Märchen, die hier jahrelang erzählt wurden, dass der Wind nur in Nordbayern weht und in Südbayern nicht, alle Quatsch sind. Sie können mit Ausnahme der Alpen und des Bayerischen Waldes in fast allen Regionen eine Vielzahl von Gebieten und zum Teil gewaltige finden, die für die Windkraft geeignet sind. Von daher: Es gibt diese Flächen, sie müssen nicht zwingend erst eine besondere landesplanerische Qualität haben. Schon heute, wenn die Initiative ergriffen wird, wenn mit Bürgerbeteiligung Windräder errichtet werden sollen, ist das auf einer Unmenge von Flächen in Bayern möglich.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr König. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich darf in Ihrer aller Namen den Offiziantinnen und Offizianten, die heute nicht da sind, alles Gute wünschen und darauf hinweisen, dass diese Arbeit von anderen Kolleginnen und Kollegen des Landtagsamtes übernommen wird. Da werden ungeahnte Talente sichtbar. Ich glaube, das ist ein großes Zeichen der Kollegialität in diesem Haus. Ich denke, dafür sollten wir uns bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Nächster Redner ist Herr Prof. Dr. Hahn von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren! Werte GRÜNE, wenn ich so einen Antrag von Ihnen lese wie den heute, dass Sie Bayern mit ineffizienter Windkraft zupflastern wollen, dann stelle ich mir intuitiv die Frage: Wollen

Sie unser Land absichtlich ruinieren? Warum wollen Sie Wälder abholzen? Das ist eine interessante Frage für einen Forstwirt. Sie sind der erste Forstwirt, den ich kenne, der Wälder vernichten und dort große Lücken hinterlassen will. Warum wollen Sie Wälder abholzen, statt neue zu pflanzen? Herr Stümpfig, genau das haben Sie vor. Und wollen Sie ein Industrieland wie Deutschland mit Windmühlen antreiben? – Genau das wollen Sie.

Bei all dem Flatterstrom flattern Ihnen und Ihren Mainstream-Medien schon jetzt die Nerven, dass es bitte im Frühjahr keinen Kälteeinbruch geben möge; denn nicht nur Sonne und Wind sind unkalkulierbar, auch die Tanks mit nachhaltigem Erdgas aus Russland sind – aufgrund EU-Beschluss – ziemlich leer. Geben Sie es zu: Sie sehnen sich nach dem großen Blackout. Genau dahin steuert nämlich Ihre Energiepolitik. Es soll für die Bayern kalt und dunkel werden. Ihre Energie-Agenda zielt genau darauf ab, dass wir vom Fortschritt zurück in die Steinzeit gelangen oder zumindest ins Mittelalter. Im Mittelalter gab es bereits Windmühlen, allerdings in den windreichen Küstenregionen und nicht im windarmen Bayern.

Wer solche Anträge bringt, dessen Agenda kann nur die Zerstörung unserer Wirtschaft und die Zerstörung unserer Energieunabhängigkeit sein. Dabei haben wir noch gar nicht von der Zerstörung der Natur und der Umwelt gesprochen. Auch das sei hier einmal erwähnt. Sie wollen Wälder roden. Sie versiegeln Felder und Wiesen mit Ihren Windkraftanlagen. Sie zerstören irreversibel Böden, und Sie setzen Betonfundamente für die Ewigkeit.

Ihre Windindustrieanlagen erschlagen in Deutschland jedes Jahr über 200.000 Fledermäuse, über 200.000 Vögel und Milliarden von Insekten. Mit einem Ausbau wollen Sie erreichen, dass es noch mehr wird. Dabei fehlen bereits jetzt Insekten als Bestäuber für Pflanzen, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Natur, und es fehlen Insekten als Nahrung für Tiere. Wer die 10-H-Regel abschaffen will und die Windräder näher an die Menschen heranrückt, wird sie auch durch Schattenschlag und Lärmemissionen gesundheitlich stärker schädigen.

Sie behaupten immer, so auch in diesem Antrag, Windkraftanlagen würden den Strompreis verringern. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sehen Sie sich einmal die Zahlen seit der Energiewende an. Schon in den letzten Monaten und Jahren müssen die Stromkunden immer mehr für ihren Strom bezahlen. Der Strompreis geht nur in eine Richtung, nämlich nach oben, und das nur wegen Ihrer Energiewende. Deshalb hat Deutschland leider die höchsten Stromkosten weltweit.

Ich fasse zusammen: Sie werden mit Ihrem Antrag die bayerische Wirtschaft demonstrieren. Wir werden uns in Bayern bald im dunklen und kalten Blackout befinden. Wir werden ohne die 10-H-Regel die Gesundheit stark gefährden. Für Naturschutz und Tierwohl haben Sie nichts übrig. Unzählige Wildtiere sterben. Die GRÜNEN zeigen sich hier ganz klar als Partei der Umweltzerstörer. Wir als Konservative, also als Bewahrer, setzen uns gegen diese Tendenz und für den Schutz der Tiere ein. Wir lehnen daher Ihren Dringlichkeitsantrag strikt ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Ludwig, Sie haben das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Erst vor zwei Wochen haben wir an dieser Stelle einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der 10-H-Regel abgelehnt. Ich glaube, wir haben damals das Thema umfassend diskutiert. Herr Kollege Stümpfig, anscheinend fällt Ihnen wenig Neues ein. Wie sonst wäre es zu erklären, dass Sie heute einen erneuten Anlauf starten, um die 10-H-Regel ersatzlos zu streichen?

Darüber hinaus sollen nach dem Willen der neuen Ampelkoalition zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie ausgewiesen werden. Ich werte diese Forderung als ein reines Flächendiktat, das nun auch über Bayern gestülpt werden soll. Im Freistaat wären dies umgerechnet 1.400 Quadratkilometer. Herr Kollege König hat eine ähnli-

che Zahl ausgerechnet. Ihnen sollte bewusst sein, dass wir damit über eine Fläche von rund 200.000 Fußballfeldern reden. Bei allem Respekt: Diese Verpflichtung, diese Maßgabe halte ich für eine blanke Theorie. Diese Forderung ist überzogen, unangemessen, unverhältnismäßig und für Bayern einfach nicht realistisch.

Herr Kollege Stümpfig, die Bayerische Staatsregierung versteckt sich nicht hinter einer "Verhinderungsplanung", wie Sie das formulieren. Nein, wir suchen einen geeigneten Mittelweg, einen Ausgleich zwischen dem Wildwuchs an Windrädern und dem Schutz der Menschen und der Natur. Unser Staatsminister Hubert Aiwanger hat es auf den Punkt gebracht: Es geht gar nicht darum, die 10-H-Regel komplett zu kippen, sondern um die Zulassung gezielter Ausnahmen. Meine Damen und Herren, wir werden in unseren Regionalen Planungsverbänden die Weichen entsprechend stellen.

Herr Stümpfig, bei dem Besuch Ihres Klimaministers in München habe ich mich schon gefragt, ob in Ihrer Partei die eine Hand eigentlich noch weiß, was die andere tut. Erstaunlich ist, dass Sie hier mit einer ganz anderen Zunge sprechen als Ihr Klimaminister im Bund. Der hat nämlich gesagt, O-Ton, er hätte kein Problem damit, wenn 10 H glaubhaft kein Instrument zur Verhinderung von Windkraft sei. – Der Freistaat Bayern wird deshalb, wie vereinbart, in Kürze konstruktive, praktische, angepasste, individuelle und landesspezifische Lösungsvorschläge zum Windkraftausbau vorlegen, zum Beispiel beim Repowering, mit Standorten in ausgewiesenen Vorranggebieten oder mit Windrädern im Wald. Das alles ist im aktuellen Energie-Atlas Bayern zu finden.

Wir setzen klare Akzente für den ambitionierten Ausbau der Windkraft. Ich betone es immer wieder: Das geschieht im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deren Akzeptanz hat für uns oberste Priorität. Wir haben auch die Maxime, die Kommunen an den Entscheidungsprozessen und der Wertschöpfung zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, wir setzen auf Dialog, auf Evaluierung und auf Akzeptanz. Wir wollen nicht, wie Sie, eine Umsetzung mit der Brechstange. Sie stehen nach wie vor für Bevormundung, Verbote und grüne Ideologie. Damit schaffen Sie nur neues

Konflikt- und Protestpotenzial in der Bevölkerung. Meines Erachtens bedarf es weder einer pauschal verordneten Zielsetzung von zwei Prozent der Fläche noch der ersatzlosen Streichung der 10-H-Regel. Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag ab. Wir stehen zur aktuell geltenden gesetzlichen Regelung, und wir beachten auch unseren Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Ludwig, es gibt noch eine Intervention. Herr Kollege Christian Zwanziger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich gemeldet.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Ludwig, vielen Dank für diese Rede. Herr Kollege König hat vorgerechnet, wie viele Windräder es im Landkreis Hof gibt. Herr Kollege Stümpfig hat auch viele Windräder bei sich zu Hause. So viele habe ich, zugegeben, in Erlangen und Erlangen-Höchstadt nicht, obwohl es auch da welche gibt. Sie sprechen von "Wildwuchs" und "Brechstange". Wir haben jetzt 21 Windräder im Verfahren. Herr König hat ein einziges Windrad als leuchtendes Gegenbeispiel ins Feld geführt. Das kann doch nicht daran liegen, dass die vielen, vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Ihrer Partei und der anderen Parteien alle unfähig wären, Windräder auszuweisen. Erklären Sie doch einmal, was da läuft.

Herr Minister Habeck war hier und hat gesagt, er habe kein Problem damit, wenn 10 H nicht verhindert. Er wollte Ihnen damit eine Brücke bauen. Von der Staatsregierung wird jetzt ein Lösungsvorschlag verlangt. Wir laden Sie dazu ein, mit den Bürgern eine Lösung zu entwickeln. Dazu brauchen die Regionalen Planungsverbände Personal; Herr Kollege König hat es angesprochen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zwanziger, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Wieso wollen Sie den Regionalen Planungsverbänden nicht das Personal geben, das sie brauchen?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie müssen mir schon genau zuhören. Wenn ich von "Brechstange" spreche, meine ich nach wie vor Ihre ideologischen Ausführungen. Als ich von "Wildwuchs" sprach, hatte dieser Satz auch einen Nebensatz. Ich habe gesagt, wir wollen einen Ausgleich zwischen einem eventuellen Wildwuchs, der entstehen könnte, und dem Schutz für die Menschen schaffen. Deshalb wurde die 10-H-Regel geschaffen.

Die FREIEN WÄHLER stehen für eine Evaluierung. Wir wollen den Ausbau der Windkraft, aber wir wollen ihn in einem verträglichen Maße. Wir wollen einen Konsens zwischen der einen und der anderen Seite schaffen. Das ist unser Ziel. Wir wollen die 10-H-Regel evaluieren und eine Lösung finden, die sowohl für die Bürger als auch das Land verträglich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Karl, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Ausbau der Windenergie ist ein entscheidender Baustein für die Energiewende. Ich denke, da sind wir uns alle hier im Hohen Haus bis auf die Herren von rechts außen auch einig. Nicht ganz einig sind wir uns über den Weg, wie wir dahin kommen, die Windenergie deutlich weiter auszubauen.

Bei der Staatsregierung herrscht das Prinzip Hoffnung. Man findet immer neue angebliche Standorte, und sonst gibt es nur viele Worte und sprichwörtlich heiße Luft. Ein Beispiel dazu: Herr Aiwanger hat durchaus verdienstvoll angekündigt, er wolle jetzt mehr Windräder in den Wäldern haben. Was ist die Reaktion? – In Tirschenreuth hat der Landrat daraufhin sofort angefangen, ein Verfahren einzuleiten, um drei Waldgebiete zu Landschaftsschutzgebieten zu erklären mit der ausdrücklichen Begründung,

er wolle damit die Windkraft verhindern. – So ganz einfach ist es mit der Windkraft im Wald augenscheinlich wohl nicht, wenn die Akzeptanz nicht gegeben ist.

Die Bundesregierung geht jetzt voran und sagt: Wir wollen die Grundlagen schaffen, zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft festzuschreiben. – Bayern hätte jetzt bei der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms durchaus die Möglichkeit, diese zwei Prozent gleich festzuschreiben. Das kann ja auch kein Problem sein; lieber Herr König, Sie haben eben gesagt, theoretisch gebe es auch deutlich mehr mögliche Flächen als zwei Prozent.

Wenn man sich den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms anschaut, muss man allerdings sagen, dass die Chance verpasst wurde, zumindest bis jetzt. Wir werden aber nicht lockerlassen. Einen Antrag haben wir bereits gestellt, und ich hoffe, dass wir noch eine Formulierung zumindest als Grundsatz oder Ziel in das Landesentwicklungsprogramm hineinbekommen. Auf die Art und Weise, einfach nur zu sagen, dass Gebiete ausgewiesen werden müssen, kommen wir nicht weiter; dann stellt sich ein Regionaler Planungsverband hin und sagt: Es tut uns furchtbar leid; nach intensiver Prüfung ist nichts übrig geblieben.

Noch ein Wort zu den Regionalen Planungsverbänden: Sie leisten ja bis jetzt schon viel Arbeit, die nach dem Willen der Staatsregierung, wenn ich mir eben noch einmal den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms angucke, auch noch ausgeweitet werden soll. So sollen sie für mehr Abstimmung beim Flächensparen und auch beim Thema Einzelhandelsziel sorgen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir brauchen in vielen Bereichen mehr Zusammenarbeit der Kommunen, mehr regionales Denken. Daher macht es auch Sinn, ein Gremium zu nutzen, das es bereits gibt, nämlich die Regionalen Planungsverbände, die letztendlich auch demokratisch legitimiert sind.

Diese Koordinierungsfunktion muss es auch bei der Windkraft stärker geben. Die Regionalen Planungsverbände müssen aber auch finanziell und personell in der Lage sein, solche Aufgaben zu stemmen. Die SPD hat deshalb zu den jetzigen Haushalts-

beratungen einen Antrag gestellt, hier mehr Mittel einzustellen, um die Regionalen Planungsverbände besser aufzustellen. Der Antrag wurde zwar im Haushaltsausschuss abgelehnt, aber es gibt noch Chancen, diesem Antrag doch noch zuzustimmen, um die Regionalen Planungsverbände in die Lage zu versetzen, die koordinierenden Aufgaben auch zu erfüllen.

Ein Satz zum Thema 10 H, weil auch der Kollege König das eben noch einmal angesprochen hat. Ich habe es schon beim letzten Mal gesagt, aber man muss es anscheinend immer wieder wiederholen: 10 H suggeriert, dass Windkraft gefährlich ist; man braucht drei- bis zehnmal so große Abstände wie von einem Atomkraftwerk, um die Menschen zu schützen. – Das führt zu solchen Überreaktionen wie bei dem CSU-Landrat in Tirschenreuth.

Der andere Punkt bei 10 H ist, auch das habe ich beim letzten Mal schon gesagt: Man kann 10 H problemlos durch ein Planfeststellungsverfahren, durch Bauleitplanung aushebeln. Aber es geht nicht ganz so problemlos wie in der Theorie. Das sieht man in Sinzing und Parkstein, wo es Bürgerentscheide zugunsten der Windräder gab. Beide Bürgermeister gehen davon aus, dass es ein jahrelanger Prozess wird, bis man alle Verfahrensschritte durchlaufen hat, ein Prozess, der kleine Kommunen massiv überfordert und der letztendlich Zeit verbraucht, die wir nicht haben. Deshalb wiederhole ich es noch einmal: Gerne verpflichtende Bürgerentscheide vor jeder Windkraftplanung – so nimmt man die Bürger mit –, aber dann bitte die Planung unbürokratisch ohne 10 H über das privilegierte Bauen.

Soweit noch mal die Ausführungen zum Thema Windenergie. Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Als Nächster kommt der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als FDP-Fraktion können den GRÜNEN bezüglich des vorliegenden Antrags in manchen Punkten zustimmen. Die Windenergie wird trotz ihrer volatilen Einspeisung unverzichtbar für die Zukunft der bayerischen Wirtschaft sein. Wenn wir es nicht schaffen, genügend erneuerbare Energie im Freistaat zu gewinnen, werden uns vor allem energieintensive Industrien bald den Rücken kehren. Und ja, dafür benötigen wir die Abschaffung von 10 H und eine Stärkung der Regionalen Planungsverbände, um die Ausweisung der notwendigen Flächen für die Windkraft voranzubringen.

Weil vorher die Diskussion war, welches Bundesland Vorreiter ist, welches nicht und warum, habe ich mir mal kurz die Mühe gemacht, den "#Faktenfuchs" des BR zu bemühen. Hier wurde erwähnt, dass Baden-Württemberg so schlecht dasteht. Sie sind tatsächlich nicht besonders glücklich; immerhin gibt es 69 Windkraftanlagen, dagegen nur 37 in Bayern. Aber in Rheinland-Pfalz – mit einem Drittel der Landesfläche Bayerns – hat man es geschafft, 147 Windkraftanlagen zu errichten. Daran könnte man sich mal ein Vorbild nehmen.

Natürlich ist 10 H ein Hindernis. Sonst hätte das Wirtschaftsministerium Ende 2019 auch nicht den Windkümmerer initialisiert. Er soll die Kommunen unterstützen, das durch 10 H verkomplizierte Verfahren zu bewältigen. Aktuell gibt es 40 Projekte, die daran teilnehmen. Seit Ende 2019 wurde allerdings keines vollendet. Deswegen ist 10 H natürlich ein Hindernis.

Aber leider vergessen die Kollegen der GRÜNEN in ihrem Antrag ein wichtiges Detail bei der Ausgestaltung des Zwei-Prozent-Ziels: Wenn Sie nämlich den Koalitionsvertrag weitergelesen hätten, würden Sie feststellen, dass die konkrete Ausgestaltung des Ziels noch festgelegt wird. Hier hat Wirtschaftsminister Habeck schon ein interessantes Detail klargestellt: Für die Länder muss es seiner Aussage nach möglich sein, Absprachen zu treffen und das Ziel untereinander aufzuteilen. Das heißt, beispielsweise kann Bayern auf 1,5 % heruntergehen, während Thüringen oder welches Bundesland auch immer sein Flächenziel dementsprechend erhöht. Im Gegenzug müssen wir

als Freistaat aber einen adäquaten Ausgleich finden, beispielsweise beim stärkeren PV-Zubau. Dies macht vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Windhöufigkeit auch Sinn. Warum sollten wir uns mit starren Zwei-Prozent-Zielen zufriedengeben, wenn wir in anderen Bundesländern mehr aus der Windkraft holen können?

Nun werden Sie bestimmt gleich sagen, das Zwei-Prozent-Ziel sei ein Mindestziel und darüber hinaus ginge noch mehr. – Ja, natürlich, aber die Frage ist, ob die Bundesländer das wollen. Im Zweifel nicht, denn die zwei Prozent werden schwer genug zu erreichen sein. Durch die Absprachen mit anderen Bundesländern können wir Anreize setzen, die Windkraft dort auszubauen, wo sie sinnvoll, nachhaltig und auch wirtschaftlich effizient ist. Aufgrund dieser Ungenauigkeit in Ihrem Antrag werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun für die Staatsregierung der Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das Thema. Wir hatten heute schon das Thema Holz als Energieträger. Wir sprechen heute zum wiederholten Male über das Thema Windenergie. Ich wünsche mir, dass wir in absehbarer Zeit auch das Thema Wasserkraft in die Debatte bringen. Wir haben eine Vielzahl von Energieträgern, die wir optimieren und ausschöpfen müssen, um möglichst viel Wertschöpfung in unserer bayerischen Heimat zu erzielen.

Wenn wir heute von der Windenergie reden, dann gehe ich mit Ihrem Ziel, starr zwei Prozent Flächenkulisse sogar in den Regionalen Planungsverbänden auszuweisen – wenn ich Ihren Antrag richtig lese –, nicht mit. Das ist mir zu planwirtschaftlich und geht auch am Thema vorbei. Es geht genauso am Thema vorbei wie Ihre starren fünf Hektar Flächenverbrauch pro Tag in Bayern. Pro Quadratmeter scharf auf die Kommune heruntergebrochen kommen Sie sprichwörtlich genauso in den Wald wie mit diesen zwei Prozent.

Es gibt Planungsregionen, die schon in dieser Größenordnung unterwegs sind. Sie haben es richtigerweise gesagt: 5 der 18 Regionalen Planungsverbände haben überhaupt keine Gebietskulisse ausgewiesen und haben teilweise mehr Windräder als Regionen mit einer großen Kulisse. Eine ausgewiesene Vorranggebietskulisse ist also keine Garantie und ist nicht einmal Voraussetzung dafür, dass wir mit dem Ausbau der Windenergie vorankommen. Trotzdem ist das hilfreich.

Die Gespräche werden innerhalb unserer Regierungskoalition bis März fortgeführt, nämlich ob wir mit diesen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in diesen 10-H-Ausnahmetatbestand kommen, ob wir auch mit den Wäldern in diesen Ausnahmetatbestand kommen; denn es ist ja rund die Hälfte der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in Wäldern und die andere Hälfte außerhalb. Das würde heißen, dass wir beim Ausbau der Windenergie im Verhältnis 50 : 50 innerhalb bzw. außerhalb des Waldes landen werden.

Natürlich will ich, dass die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete fortgeschrieben werden. Ich will jetzt aber nichts übers Knie brechen und sagen: Bis Jahresende müssen so und so viel Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden; denn wir würden unnötigerweise Unruhe in die Regionen bringen, selbst dorthin, wo die Leute unsere Pläne gutwillig und gutmütig unterstützen und in der Vergangenheit schon viel für die Windkraft geleistet haben.

Diejenigen, die keine Planung haben, sollen in die Planung gehen. Aber auch hier will ich parallel arbeiten und nicht sagen: Die sollen jetzt Vorranggebiete ausweisen. Dann sind nämlich drei Jahre um, und in der Zeit passiert überhaupt nichts. Dann wird auch nirgendwo ein Windrad gebaut, weil gesagt wird: Jetzt warten wir mal ab, wo die Vorranggebiete hinfallen, damit wir nicht so dumm sind und es genau ins künftige Ausschlussgebiet stellen. Wenn wir heute sagen würden: Ausschlussgebiete akzeptieren wir nicht mehr, dann wären auch die Vorranggebiete weg vom Fenster, und wir würden vor Ort nur Unfrieden säen.

Noch einmal: Es gibt Regionen, die windhöffiger sind als andere. Es gibt Regionen, die mehr auf Landschaftsschutz, auf PV oder sonst was setzen. Auf den Regionalen Planungsverband heruntergebrochen: Die zwei Prozent sind mit Sicherheit eine Fehlkalkulation. Es ist auch eine Fehlkalkulation, sich nur auf die Windkraft zu verengen; denn natürlich werden andere erneuerbare Energien vor Ort beim Flächenverbrauch mit bewertet. Sie wissen ja, dass diese Energieflächen dann in der Flächenverbrauchskulisse landen. Einige Bürgermeister fragen mittlerweile: Sollen wir überhaupt noch PV-Freiflächen ausweisen? Dürften wir dann in ein paar Jahren gar keine Gewerbegebiete mehr ausweisen, wenn man hier noch enger zur Brust genommen würde?

Wir müssen uns dies im Detail ansehen. Wir müssen auf die Praxisbeispiele abstellen. Hier verweise ich auf die Glasindustrie am Rennsteig, wo aktuell selbst die Glasindustrie sagt: Jawohl, wir wollen einen Wind- und Wasserstoffpark. Ich will jetzt nicht bewerten, ob das vor Ort jeder toll finden muss. Aber da sind Initiativen aus der Region heraus, wo sich die Industrie hinstellt und sagt: Wir können bei den jetzigen Energiepreisen nicht mehr mithalten und tendieren dazu, unsere Energie selber wie vor 200 Jahren zu gewinnen, als eine Unternehmensansiedlung wegen der Wasserkraft in erster Linie neben den Flüssen stattgefunden hat. So wird künftig der eine oder andere Industriebetrieb sagen: Jawohl, ich gehe diesen Weg.

Wir können hier noch konkreter ins Detail gehen: Die Firma Heinz-Glas sagt, sie braucht etwa die Energie von drei großen Windkraftträgern oder von 60 Hektar Photovoltaik oder von zwei Windrädern und die restliche Fläche mit 20 Hektar Photovoltaik aufgefüllt.

Insofern haben wir hier die Mischkalkulationen vor Ort. Es wird etwas auf die Dächer gebaut. Es wird Photovoltaik in die Fläche gehen. Wir werden hier Agri-PV, hoffentlich auch vom Bund unterstützt, in nächster Zeit gezielt nach vorne bringen.

Ich kündige an, dass ich eine Roadshow zum Thema Photovoltaik auf den Freiflächen machen werde, wo wir gleichermaßen die Landwirte als Grundbesitzer, die Energieverbände, die Bürgermeister und die Anwohner einbinden, weil dieses Thema das nächste Thema sein wird, mit dem wir vor Ort konfrontiert sind.

Auf mich kommen Bürgermeister zu und sagen: Da kommt ein Investor und will 100 Hektar Photovoltaik ausweisen. Dann geht er damit in den Gemeinderat. Helle Aufregung! Die wissen nicht, damit umzugehen. Wir müssen also auch dieses Thema auf das richtige Gleis setzen und alle Energieformen richtig kombiniert nach vorne bringen.

Für mich ist immer noch der Schlüssel zum Erfolg – – Sie können jetzt hundertmal sagen: Die letzten paar Jahre ist nichts passiert. Damals stand das Thema Energiepolitik ja nicht so auf der politischen Tagesordnung. Wir haben den Energiedialog erst 2019 mit aufgenommen. Danach haben wir zwei Jahre Corona-Pandemie gehabt. Jetzt kommen wir wieder vermehrt in die Umsetzung dieser Themen. Man konnte in der Zwischenzeit ja nicht einmal zu Veranstaltungen mit den Bürgermeistern rausgehen, weil das coronabedingt vielfach nicht möglich war.

Noch einmal: Ihre zwei Prozent sind zu starr für nur Windkraft. Wir nehmen andere Energieformen mit herein. Dann sind wir sehr schnell deutlich über den zwei Prozent. Dann wird sich der eine oder andere vielleicht zurücklehnen und sagen: Ich habe meine Schuldigkeit getan. Auch der Bund sagt: Die Fläche soll nicht nur für die Windkraft sein. Genau darum geht es jetzt.

Ich bringe jetzt noch ein paar Details. Ich glaube, dass wir dann mit der Windkraft zum richtigen Ergebnis kommen, wenn ein heutiges Windrad deutlich über 10.000 Bürger mit Strom versorgt. Wenn jetzt hoffentlich gesetzlich festgezurrert wird, dass die Standortkommune 0,2 Cent pro Kilowattstunde Einspeisevergütung bekommt, dann fließen bei diesen großen Windrädern in der 6-MW-Klasse circa 40.000 Euro jährlich in die Gemeindekasse. Dann sind das rund 50.000 Euro Pacht für den Grundbesitzer in der

Region. Hoffentlich wird damit nicht wieder eine Neiddebatte angestoßen. Das ist hoffentlich für viele Waldbesitzer die Chance, mit den Einnahmen ihre Wälder zukunfts- tauglich zu machen, besonders in Gebieten, wo die Wälder dürr werden und man kaum mehr den Waldarbeiter oder die Kolonne bezahlen kann, die die dürren Bäume entfernt, nutzt oder verheizt – was hoffentlich weiterhin erlaubt sein wird. Dann ist dort auch mal ein Windrad mit einer Fläche von 50 mal 70 Metern zumutbar, wenn dafür ein paar Bäume gefällt werden, an anderer Stelle nachgepflanzt werden und ökologi- sche Trittsteine entstehen.

Wir hatten heute im Rahmen des Landesplanungsbeirats auch Diskussionen, wo auch die Umweltverbände diesen Weg mitgehen und nicht mehr sagen, die Dinge müssen beklagt werden, sondern erkennen: Das können ökologische Chancen sein. Das Windrad im Wald ist also nicht per se böse, sondern es kommt darauf an, wo es steht und was man draus macht. Ich glaube, mit der Vorgehensweise, die Bürger einzubin- den, fließt Geld in die kommunale Kasse.

Ich bitte Sie, sich in Berlin dafür einzusetzen, die Südquote für Windkraft weiter einzu- fordern. Das liegt bei der EU-Kommission, die diesen Weg noch nicht ganz überzeugt mitgeht. Es geht darum, dass wir in Gebieten, in denen der Wind nicht so stark weht, wie im Süden, höhere Vergütungen bekommen, sonst werden die Investoren sagen: Dann gehe ich mit meinem Euro lieber nach Mecklenburg-Vorpommern anstatt nach Bayern. Es geht darum, eine bessere Einspeisevergütung zu bekommen, damit die Kommunen, die Grundbesitzer und die Anwohner beteiligt sind sowie die regionale Wirtschaft versorgt ist. Dann sind wir auf dem richtigen Gleis.

Warum bei der Windkraft damals die Vollbremsung stattgefunden hat, war ja unter an- derem deshalb, weil der Bürgermeister – ich wiederhole das – nichts davon wusste und nur aus der Zeitung erfahren hat, dass eine Windkraftanlage gebaut werden soll, bei der ein auswärtiger Investor den Profit hat. Die Gemeinde hätte dann außer der kaputt gefahrenen Feldwege nichts, bekommt keine Einspeisevergütung und sieht auf- grund gewisser Steuersparmodelle nicht einmal Gewerbesteuer.

Wenn wir diese Akzeptanz aber in der Form aufbauen, dann bin ich überzeugt, werden wir dieses Ziel schneller erreichen, als wenn wir in München zwei Prozent verordnen und dann in den Sommerferien herausfahren und schauen, ob die Bauern das schon umgesetzt haben, was "die Bürokraten in München beschließen". Ich will mit den Bürgermeistern, den Bauern und den Anwohnern draußen diesen Weg gehen. Das funktioniert nicht mit einer von oben verkündeten sozialistischen Planwirtschaft, sondern wir müssen die Menschen dort, wo sie leben und das Windrad errichtet werden muss, überzeugen. Dann gehen wir hier den richtigen Weg. Deswegen werden wir diese starren zwei Prozent nur für die Windkraft ablehnen, sind aber – Sie sehen es – an allen Fronten tätig, um die erneuerbaren Energien gezielt voranzubringen. Ich sehe auch kein grün dominiertes Bundesland, das derzeit mit einem Zwei-Prozent-Windkraftziel agiert. Selbst in Baden-Württemberg werden meines Wissens andere erneuerbare Energieformen eingerechnet. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Christian Zwanziger von den GRÜNEN gemeldet.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, auch im Namen meiner Kollegen darf ich Sie bitten, bei den Fragen, die ich stellen werde, vielleicht nicht den Bogen zum Lohn eines Waldarbeiters zu schlagen. Wir glauben Ihnen, dass Sie dies darstellen können. Ich möchte drei Fragen stellen: Sie sind sehr grundsätzlich geworden und haben auch die Regionalplanung angesprochen. Diese hat viele Aufgaben. Sie wollten niemanden scheu machen. In Ihrem aktuellen Entwurf zur Teilfortschreibung des LEP sprechen Sie viele, viele Aspekte auch bei der Energieversorgung an, wo Sie eine Vielzahl von neuen Grundsätzen einführen. Diese Arbeit muss in den Regionalen Planungsverbänden getan werden. Hier haben Sie offenbar keine Hemmungen. Nur bei der Windkraft sind Sie zurückhaltend.

Meine Fragen an Sie lauten: Wie viele Windkraftanlagen müssen nach fünf Jahren Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger auf den Weg gebracht werden, damit Sie sagen, das war ein Erfolg? Was tun Sie, damit die fünf regionalen Planungsverbände, in denen es noch keine entsprechende Planung gibt, mit der Planung beginnen, da diese natürlich auch ein Dialog mit den Bürgern vor Ort ist? Welche Vorschläge werden Sie dem Bund unterbreiten, wie Sie das Ziel in Bayern, beim Windkraftausbau endlich wieder neu zu starten, auf den Weg bringen wollen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Zur Frage, wie viele Windräder auf den Weg gebracht werden: Ich habe schon einmal die Zahl von 600 neuen Windrädern in den Raum gestellt, die errichtet werden müssten, um den Ertrag aus Windkraft in Bayern zu verdoppeln. Dies ist für mich ein realistisches Ziel in den nächsten zehn Jahren. In fünf Jahren geht nichts. Es kommt darauf an, wie dies beklagt wird. Sie wissen, dass man, selbst wenn man von 10 H nicht betroffen ist, unter vier Jahren kaum aus der Nummer herauskommt. Somit werden die Windräder nicht im fünften Jahr wie die Zinnsoldaten in der Gegend stehen, sondern Zielmarke sind die zehn Jahre. Mein Ziel sind die 600 Windräder. Was werde ich im Bund dafür tun? – Wie gesagt, werde ich mich zum einen für die Südquote einsetzen, zum anderen aber auch gezielte Vorschläge unterbreiten und Ausnahmetatbestände von der 10-H-Regel schaffen, um den Bund nicht zu dem Schluss zu verleiten: Die Bayern wollen nicht liefern, also schaffen wir 10 H generell ab.

Ihre Aussage, dass die Menschen bei den Planungsverbänden oder den Regierungen eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen haben, stimmt. Unter anderem haben wir dafür erst kürzlich acht Flächensparmanager eingestellt, auch um Ihrem Volksbegehren den Wind aus den Segeln zu nehmen und gezielt etwas zu tun, um das Flächensparen gemeinsam mit den Kommunen richtig anzugehen. Wir hätten diese acht Personen auch für die Windkraft einsetzen können, aber wir haben sie jetzt beim Flächensparen eingesetzt. Diese werden den Bürgermeistern sagen müssen: Jede Photovoltaik-Freifläche zählt auch zur Flächenverbrauchsstatistik.

Insgesamt ist hier nicht alles so einfach, wie man meint. Der Lohn für den Waldarbeiter ist – ob Sie es glauben oder nicht – sehr wichtig, damit unsere Wälder so aussehen, dass die, die sonntags dort spazieren gehen wollen, auch wieder den Heimweg und ihr Auto finden, nachdem sie in den Wald gegangen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/21295 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Stimmenthaltungen, bitte! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.